

Medienkonferenz vom 24. April 2017



Martin Wyss, Geschäftsleiter VPOD, Präsident LGB

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zum Musikschulabbau - Nein zur bürgerlichen Abbaupolitik

Die bürgerliche Steuerstrategie hat Luzern in die Sackgasse geführt. Der Kanton steht heute mit dem Rücken zur Wand. Die Steuergeschenke an Wohlhabende und Firmen haben dazu geführt, dass die Einnahmen nicht mit dem Bevölkerungswachstum schrittgehalten haben. Doch anstatt die Klientelpolitik der überrissenen Geschenke an wenige rückgängig zu machen, treiben die bürgerlichen Parteien das Einnahmenproblem weiter voran. Die Folgen davon sind die jährlich grösser werdenden Abbaupakete und ein Leistungsabbau in Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Kultur, sozialer Sicherheit und den Institutionen für behinderte Menschen. Ein Abbau auf Kosten der normalverdienenden Bevölkerung, der von vielen Luzernerinnen und Luzerner nicht mitgetragen wird.

Der Widerstand gegen die Abbaupolitik ist gross. Gegen weitere Leistungskürzungen in der Bildung sind Schüler und Lehrpersonen im vergangenen Jahr mehrfach auf die Strasse gegangen und haben ihren Unmut gemeinsam kundgetan. Mit verzweifelten und unüberlegten Massnahmen, wie etwa den Zwangsferien an den Mittelschulen, machte sich der Kanton Luzern zur nationalen Lachnummer. Erst vor drei Wochen haben sich in verschiedenen Städten der Schweiz tausende Lernende mit den Luzerner Schülerinnen und Schüler solidarisiert, die gegen den Bildungsabbau in Luzern demonstriert haben. Mit der Abbaupolitik gefährdet die Regierung und die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat nicht nur die Bildungsqualität, sondern auch die Chancengleichheit und nicht zuletzt den sozialen Frieden.

Bis anhin zog die Regierung den Abbau gezielt an der breiten Bevölkerung vorbei durch. Auf Verordnungs- und Reglementsebene wurden Leistungen ohne echte demokratische Mitsprache gekürzt und der Bildungsabbau vorangetrieben. Nun ist das von der bürgerlichen Finanzpolitik verursachte Loch in der Kantonskasse so gross, dass die Einsparungen des versteckten Leistungsabbaus nicht mehr ausreichen und referendumsfähige Gesetzesänderungen notwendig werden. Mit dem Musikschulreferendum kann die Bevölkerung zum ersten Mal seit der Einführung der ruinösen Steuerstrategie über eine konkrete Abbaumassnahme abstimmen. Dass wir Gewerkschaften, Verbände und Musikschulen das Referendum mit der höchsten je in Luzern eingereichten Unterschriftenzahl zustande gebracht haben zeigt, dass die Bevölkerung genug vom Abbau hat.

Am 21. Mai haben die Luzernerinnen und Luzerner die Möglichkeit, ein starkes Zeichen gegen die Abbaupolitik in der Bildung, beim Personal und bei der Kultur zu setzen. Gemeinsam setzen wir uns für mehr Lebensqualität dank bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Musikschulen ein. Es wurden bereits zu viele Leistungen der Steuerstrategie geopfert. Der Abbau zulasten der normalverdienenden Bevölkerung und unseren Kinder muss gestoppt werden. Es ist höchste Zeit für eine neue Perspektive, ein neues Steuersystem und eine neue Finanzstrategie.

Martin Wyss, Geschäftsleiter des Verbands des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD),
Präsident Luzerner Gewerkschaftsbund (LGB), 077 454 99 46